

vorgenannten Höchstsummen wird eine evtl. Bonusrente aus der Überschussbeteiligung bei Berufsunfähigkeits-Versicherungen und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen angerechnet. Die Versicherungsdauer der Berufsunfähigkeits-Versicherung oder eine eingeschlossene Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung endet spätestens 11 Monate nach dem Ablauf der Versicherungsdauer der ursprünglichen Berufsunfähigkeits-Versicherung und spätestens zu dem Jahrestag des Versicherungsbeginns, der dem Geburtstag am nächsten liegt, an dem die versicherte Person das 65. Lebensjahr vollendet.

Nachversicherung einer Versicherung mit Todesfallschutz

- (4) Als Nachversicherung kann auch eine Versicherung mit Todesfallschutz abgeschlossen werden. Die Versicherungsleistung der einzelnen Nachversicherung darf jedoch nicht mehr als 30.000 € betragen. Die Versicherungsleistungen sämtlicher Nachversicherungen bei unserer Gesellschaft für dieselbe versicherte Person innerhalb von fünf Jahren sind auf 60.000 € anfängliche Todesfallsumme begrenzt. Bei den vorgenannten Höchstsummen wird ein evtl. Todesfallbonus aus der Überschussbeteiligung bei Risiko-Lebensversicherungen angerechnet. Bei der Nachversicherung darf die Versicherungsdauer bzw. – sofern es sich bei der Nachversicherung um eine Rentenversicherung handelt – die Aufschubzeit nicht später als 11 Monate nach dem Ablauf der Versicherungsdauer der ursprünglichen Versicherung enden.
- (5) Jede einzelne Nachversicherung gilt für sich als Abschluss eines neuen Versicherungsvertrags mit eigenen Versicherungsbedingungen.

§ 13 Was bedeutet die vorvertragliche Anzeigepflicht, und welche Folgen hat ihre Verletzung?

- (1) Wir übernehmen den Versicherungsschutz im Vertrauen darauf, dass Sie alle in Verbindung mit dem Versicherungsantrag gestellten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet haben (vorvertragliche Anzeigepflicht). Das gilt insbesondere für die Fragen nach gegenwärtigen oder früheren Erkrankungen, gesundheitlichen Störungen und Beschwerden.
- (2) Soll das Leben einer anderen Person versichert werden, ist auch diese – neben Ihnen – für die wahrheitsgemäße und vollständige Beantwortung der Fragen verantwortlich.
- (3) Wenn Umstände, die für die Übernahme des Versicherungsschutzes Bedeutung haben, von Ihnen oder der versicherten Person (vgl. Absatz 2) nicht oder nicht richtig angegeben worden sind, können wir binnen fünf Jahren seit Vertragsabschluss vom Vertrag zurücktreten, bei Eintritt des Versicherungsfalles während der ersten fünf Jahre auch noch nach Ablauf dieser Frist. Den Rücktritt können wir aber nur innerhalb eines Monats erklären, nachdem wir von der Verletzung der Anzeigepflicht Kenntnis erhalten haben; die Kenntnis eines Vermittlers steht hinsichtlich des Fristbeginns unserer Kenntnis nicht gleich. Wenn die Versicherung durch Rücktritt unsererseits aufgehoben wird, zahlen wir den Rückkaufswert gemäß § 10 Abs. 3, sofern ein Rückkaufswert vorhanden ist. Die Rückzahlung der Beiträge können Sie nicht verlangen. Wenn uns nachgewiesen wird, dass die falschen oder unvollständigen Angaben nicht schuldhaft gemacht worden sind, haben wir kein Rücktrittsrecht, und der Vertrag wird unverändert fortgeführt. In diesem Fall machen wir auch von unserem gesetzlichen Recht (§ 41 VVG), den Vertrag zu kündigen oder zu einem erhöhten Beitrag fortzuführen, keinen Gebrauch. Haben wir den Rücktritt nach Eintritt des Versicherungsfalles erklärt, bleibt unsere Leistungspflicht bestehen, wenn

uns nachgewiesen wird, dass die nicht oder nicht richtig angegebenen Umstände keinen Einfluss auf den Eintritt des Versicherungsfalles oder den Umfang unserer Leistung gehabt haben.

- (4) Wir können den Versicherungsvertrag auch anfechten, falls durch unrichtige oder unvollständige Angaben bewusst und gewollt auf unsere Annahmendeckung Einfluss genommen worden ist. Handelt es sich um Angaben der versicherten Person, so können wir Ihnen gegenüber den Vertrag auch dann anfechten, wenn Sie von der Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht keine Kenntnis hatten. Wenn die Versicherung durch Anfechtung unsererseits aufgehoben wird, zahlen wir den Rückkaufswert gemäß § 10 Abs. 3, sofern ein Rückkaufswert vorhanden ist. Die Rückzahlung der Beiträge können Sie nicht verlangen.
- (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten auch für Angaben, die bei einer Änderung oder Wiederherstellung der Versicherung zu machen sind. Die Fünfjahresfrist nach Absatz 3 Satz 1 beginnt mit der Vereinbarung über die Änderung oder Wiederherstellung der Versicherung bezüglich des geänderten oder wiederhergestellten Teils neu zu laufen.
- (6) Sofern Sie uns keine andere Person als Bevollmächtigten benannt haben, gilt nach Ihrem Ableben ein Bezugsberechtigter als bevollmächtigt, eine Rücktritts- oder Anfechtungserklärung entgegenzunehmen. Ist auch ein Bezugsberechtigter nicht vorhanden oder kann sein Aufenthalt nicht ermittelt werden, so können wir den Inhaber des Versicherungsscheins zur Entgegennahme der Erklärung als bevollmächtigt ansehen.

§ 14 Welche Mitwirkungspflichten sind zu beachten, wenn Leistungen wegen Berufsunfähigkeit verlangt werden?

- (1) Leistungen aus dem Versicherungsvertrag erbringen wir gegen Vorlage des Versicherungsscheins. Zusätzlich können wir auch den Nachweis der letzten Beitragszahlung verlangen.
- (2) Werden Leistungen verlangt, sind uns insbesondere folgende Auskünfte zu geben und Nachweise in deutscher Sprache vorzulegen:
 - a) eine Darstellung über Ursache, Beginn, Art, Verlauf und voraussichtliche Dauer des Leidens der versicherten Person sowie vorhandene ärztliche Befundberichte;
 - b) eine Beschreibung des zuletzt ausgeübten Berufs der versicherten Person und der inzwischen eingetretenen Veränderungen mit Einkommensnachweisen;
 - c) eine Darstellung der durch Ausbildung und Erfahrung bisher erlangten beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der versicherten Person sowie Zeugnisse;
 - d) eine Aufstellung
 - der Ärzte, Krankenhäuser, Krankenanstalten, Pflegeeinrichtungen oder Pflegepersonen, bei denen die versicherte Person in Behandlung war oder sein wird,
 - der Versicherungsgesellschaften, Sozialversicherungsträger und sonstiger Versorgungsträger, bei denen die versicherte Person ebenfalls Leistungen wegen Berufsunfähigkeit geltend machen könnte,
 - über den derzeitigen Arbeitgeber und frühere Arbeitgeber der versicherten Person